

**Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU****Energiewende mit Augenmaß**

Nach der verheerenden Katastrophe in Japan muss die Energiepolitik in Deutschland neu bewertet werden. Das Unglück in Fukushima ist eine Zäsur, die Anlass gibt, insbesondere die Sicherheit der Kernkraftwerke in Hinblick auf neue Erkenntnisse zu hinterfragen. Die Ereignisse in Japan haben uns gelehrt, dass Risiken, die für absolut unwahrscheinlich galten, dennoch eintreten können. Vor diesem Hintergrund ist es das Ziel, schneller als bisher geplant, die notwendige Energiewende zu erreichen. Um diesen Kurs zu stützen und den Ausbau der regenerativen Energien mit allen Konsequenzen zu begleiten, ist ein nationaler und internationaler Kraftakt notwendig.

Die schnellere Energiewende ist nicht ohne Anstrengungen zu erreichen. Voraussetzung für den schnelleren Atomausstieg ist daher ein gesamtgesellschaftlicher Konsens zu den mit der Energiewende verbundenen Konsequenzen. Die aktuelle Diskussion um die Kernenergie muss daher genutzt werden, um in der Bevölkerung und in der Wirtschaft Akzeptanz für höhere Strompreise, für den sparsameren Umgang mit Energie, für mehr Energieeffizienz und für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen zu schaffen. Um den fehlenden Atomstrom darüber hinaus zu kompensieren, ist über den Bau neuer Kohle- und Gaskraftwerke kurzfristig zu entscheiden. Sichertgestellt werden muss, dass ein nationaler Ausstieg aus der Kernenergie nicht dazu führen darf, dass Bedarfe durch den Import von Strom aus Kernenergieländern gedeckt werden. Eine schnellere Energiewende eröffnet für Bremen und Bremerhaven darüber hinaus erhebliche Chancen. Die Windkraftbranche wird enormen Aufwind erhalten, wovon beide Städte unseres Landes stark profitieren können.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht den Angehörigen der Opfer des schweren Erdbebens und Tsunamis in Japan sowie dem gesamten japanischen Volk im Namen aller Bremerinnen und Bremer ihr tief empfundenes Mitgefühl aus. Höchster Respekt und Anerkennung gilt den Helferinnen und Helfern im ganzen Land, die unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens damit beschäftigt sind, die Folgen der Katastrophe zu bewältigen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die Einsetzung der Ethikkommission zur Bewertung der Atomkraft.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt das dreimonatige Moratorium der Bundesregierung für die sieben ältesten Reaktoren. Sie erwartet, dass die Zeit des Moratoriums genutzt wird, um
  - o alle deutschen Atomkraftwerke einer erneuten Sicherheitsüberprüfung unter Einschluss aller, bisher nicht für wahrscheinlich erachteten Umstände, zu unterziehen;
  - o einen gesamtgesellschaftlichen Konsens für die schnellere Energiewende und den notwendigen Ausbau der erneuerbaren Energien und ihrer Infrastruktur herzustellen. Dieser Konsens muss auch in Ansehung möglicher finanziellen Folgen für Unternehmen und Verbraucher gefunden werden;

- o die gesetzlichen und vertraglichen Voraussetzungen für einen schnelleren Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie zu schaffen,
  - o das Ziel zu erreichen, die abgeschalteten Kraftwerke nicht wieder ans Netz zu bringen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) setzt sich dafür ein, die Restlaufzeiten von Kernkraftwerken zu verkürzen und die notwendige Energiewende schneller als bisher geplant zu erreichen.
  5. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass trotz der schnelleren Energiewende, die von der Bundesregierung zugesagten Klimaschutzziele eingehalten werden.
  6. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert von der Bundesregierung und dem Senat, Förderprogramme und Investitionsanreize zum schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien sowie zur Energieeinsparung zu schaffen und auszubauen.
  7. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht in der Energiewende große Chancen für die Wirtschaftsstandorte in der Metropolregion Bremen–Oldenburg mit ihrer hohen Kompetenz in den Bereichen Windenergie, Elektromobilität und intelligente Netze.
  8. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, dass die aktuelle Diskussion genutzt wird, um die Unternehmen und die Bevölkerung für einen sparsameren Umgang mit Energie zu sensibilisieren.
  9. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass bei den Beratungen zur Zukunft der Kernenergie auch die Frage der Endlagerung der radioaktiven Abfälle berücksichtigt wird.
  10. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass auf den Import von Atomstrom aus europäischen Nachbarländern verzichtet wird.
  11. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, dass die Energiewende kein nationaler Alleingang Deutschlands bleibt, sondern sich zu einem europäischen und weltweiten Prozess entwickelt.

Frank Imhoff, Heiko Strohmann,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU